

Beschlussantrag

des Gemeinderates Thomas Weber und weiterer Gemeinderatsabgeordneter betreffend Subventionierungsstopp von Parteiveranstaltungen

eingbracht im Zuge der Debatte über Post 1 (Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft) in der 71. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 29. und 30.6.2020

In der Stadt Wien finden jährlich große Veranstaltungen statt, die über Förderungen finanziert werden. Dazu gehören das Wiener Donauinselfest, das Wiener Stadtfest und das Kulturfestival Wienwoche. Diese Veranstaltungen weisen Verbindungen zu unterschiedlichen politischen Parteien auf. Im Oktober 2019 veröffentlichte auch der Rechnungshof den kritischen Bericht "Ausgewählte Großveranstaltungen in Wien", der aufzeigt, dass die Stadt Wien parteinahe Vereine und Veranstaltungen großzügig mit Steuergeld aus dem Kulturbudget subventioniert. (https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Grossveranstaltungen_Wien_2019_10.pdf)

Die Erkenntnisse des Rechnungshofs zeigen ein desaströses Sittenbild einiger Parteien im Umgang mit Steuergeld auf:

Die Stadt Wien förderte für die Veranstaltungen die jeweiligen Vereine, die die Veranstaltungen organisieren. *"Der Verein Wiener Kulturservice erhielt pro Jahr 1,81 Millionen Euro. Er organisierte neben dem Donauinselfest auch weitere Veranstaltungen wie das 1. Mai-Fest im Prater. In Bezug auf den Verein Wiener Kulturservice übermittelte der Rechnungshof Österreich das Prüfungsergebnis (Rohbericht) auch an den Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat.*

Der Veranstalter des Donauinselfestes (SPÖ Wien) verrechnete dem Verein Wiener Kulturservice in den Jahren 2014 bis 2016 Teile seiner für die Veranstaltung angefallenen Kosten in der Höhe von insgesamt rund 407.000 Euro weiter. Der Verein Wiener Kulturservice beglich sämtliche Rechnungen des Veranstalters, obwohl zahlreiche weiterverrechnete Kosten nicht ordnungsgemäß belegt oder die Einhaltung der Förderkriterien der MA 7 nicht erkennbar waren. (...)

Der Verein zur Förderung der Stadtbenutzung erhielt jährlich 453.000 Euro für das Kulturfestival Wienwoche und der Verein Wiener Stadtfeste mit Ausnahme des Jahres 2016 406.000 Euro für das Wiener Stadtfest. Die Kulturabteilung der Stadt Wien legte dem Gemeinderat Förderanträge der drei Vereine vor, ohne darin die Förderwürdigkeit zu beurteilen. Auch war die Verwendung der Fördermittel im Sinne der Förderziele in vielen Fällen nicht nachvollziehbar oder mangelhaft. Der Rechnungshof empfahl der Stadt Wien, die einzelnen abgerechneten Ausgabenpositionen der drei Vereine umfassend zu prüfen. Im Falle einer zweckfremden Verwendung von Fördermitteln wären diese von den Vereinen zurückzufordern."

Während Kunst- und Kulturschaffende über prekäre Einkommen und mangelnde Valorisierung klagen, verwenden Parteien im Gemeinderat großzügig Kulturmittel zur Förderung von Parteiveranstaltungen. Diesen Missstand gilt es dringend zu beheben. Es darf zukünftig keine Subventionierung von Parteiveranstaltungen aus dem Kulturbudget mehr möglich sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat beschließt, dass künftig keine Vereine, die parteinahe Veranstaltungen organisieren, Steuergeld aus dem Kulturbudget erhalten sollen.

In formeller Hinsicht wird sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 29.06.2020